

# Verpflichtungserklärung zur Wahrung des Datengeheimnisses und der Verschwiegenheit

Hiermit bestätige ich, Herr/Frau \_\_\_\_\_  
(Name, Personal-Nummer)

dass ich heute von Herrn/Frau \_\_\_\_\_  
auf die Wahrung der Vertraulichkeit nach den Vorschriften der DSGVO sowie auf die besondere berufliche Verschwiegenheit<sup>1</sup>

- des steuerberatenden Berufs gem. § 62 StBerG  
 des wirtschaftsprüfenden Berufs gem. § 50 WPO  
 des rechtsberatenden Berufs gem. § 43a BRAO

verpflichtet worden bin.

Über die Wahrung der Vertraulichkeit, insbesondere die Vorschriften der Art. 5 und 32 DSGVO, bin ich belehrt worden. Danach ist mir unter anderem untersagt, geschützte personenbezogene Daten unbefugt zu einem anderen als dem zur jeweiligen rechtmäßigen Aufgabenerfüllung gehörenden Zweck zu erheben, zu verarbeiten, bekannt zu geben, zugänglich zu machen oder sonst zu nutzen. Zum Schutz der Daten ist im Rahmen der zugewiesenen Aufgabe die notwendige Sorgfalt anzuwenden. Bestehende Datensicherungsvorschriften sind zu beachten; festgestellte Mängel im Sicherheitssystem sind unverzüglich zu beheben oder dem Praxisinhaber zu melden.

Ich bin darüber belehrt worden, dass sich die berufliche Verschwiegenheitspflicht auf alles erstreckt, was mir in Ausübung oder bei Gelegenheit meiner beruflichen Tätigkeit anvertraut worden oder bekannt geworden ist bzw. noch anvertraut oder bekannt wird.

Die Pflicht zur Verschwiegenheit bzw. zur Wahrung der Vertraulichkeit erstreckt sich insbesondere auf

1. Namen, Anschriften sowie die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse aller Auftraggeber (Mandanten), ihre Absichten, Objekte, Planungen und internen Verhältnisse
2. die persönlichen, wirtschaftlichen und steuerlichen Verhältnisse meines Arbeitgebers und der anderen im Büro tätigen Personen
3. alle Äußerungen nicht nur gegenüber Fremden, sondern auch gegenüber Angehörigen i.S.v. § 15 AO; das sind Verlobte, Ehegatten und sonstige in dieser Vorschrift genannte nahestehende Personen.

Zur Wahrung der Verschwiegenheitspflicht habe ich weiter besonders zu beachten, dass

1. ich nicht berechtigt bin, fremden, mit der Sache nicht befassten Personen Einblick in Post, Geschäftssachen, Belege und sonstige Unterlagen zu gewähren oder derartige Unterlagen an mich zu nehmen oder sie ohne ausdrücklichen Auftrag an Dritte herauszugeben, auch nicht in Abschrift oder Fotokopie
2. alle im Büro vorkommenden Vorgänge unter Verschluss zu halten sind.

Da ich durch meine berufliche Tätigkeit möglicherweise in Kontakt mit Sozialdaten komme, wurde ich weiterhin auf das Sozialgeheimnis verpflichtet. Nach § 35 SGB I ist es untersagt, unbefugt Sozialdaten zu erheben, zu verarbeiten oder zu nutzen. Nach § 67 Abs. 1 SGB X fallen unter das Sozialgeheimnis Einzelangaben über persönliche oder sachliche Verhältnisse einer bestimmten oder bestimmbarer natürlicher Person, die von einer in § 35 SGB I genannten Stelle im Hinblick auf ihre Aufgaben nach diesem Gesetz erhoben, verarbeitet oder genutzt werden. Verstöße gegen das Sozialgeheimnis können nach § 85a SGB X sowie nach anderen Strafvorschriften mit Freiheits- oder Geldstrafe geahndet werden. Die Verletzung des Sozialgeheimnisses kann zugleich eine Verletzung arbeits- oder dienstrechtlicher Pflichten bedeuten und kann entsprechende Konsequenzen haben.

Die Verschwiegenheitspflicht und die Pflicht zur Wahrung des Sozialgeheimnisses und/oder der datenschutzrechtlichen Vertraulichkeit besteht auch nach Beendigung des Dienstverhältnisses zeitlich unbegrenzt fort.

Sonstige Geheimhaltungspflichten, wie das Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis, werden durch diese Verpflichtungserklärung nicht beeinträchtigt.

Mir ist bekannt, dass Verstöße gegen die DSGVO oder andere Datenschutzvorschriften zur fristlosen Kündigung des Arbeitsverhältnisses und zu Schadenersatzforderungen führen können sowie gemäß Art. 83 und 84 DSGVO mit Geldbußen bzw. nach § 203 StGB mit Geld- oder Freiheitsstrafen geahndet werden können.

Über die dieser Verpflichtungserklärung beiliegenden gesetzlichen Bestimmungen<sup>2</sup> über die besondere berufliche Verschwiegenheitspflicht sowie über die Pflicht zur Wahrung der Vertraulichkeit und/oder des Sozialgeheimnisses bin ich belehrt worden.

Eine Ausfertigung dieser Verpflichtungserklärung wurde mir ausgehändigt.

\_\_\_\_\_  
(Ort, Datum)

\_\_\_\_\_  
(Unterschrift)

1 Zutreffendes bitte ankreuzen.

2 Die folgenden gesetzlichen Bestimmungen sind in ihrem Wortlaut dieser Verpflichtungserklärung beizulegen: §§ 57 Abs. 1, 62 StBerG, § 50 WPO, § 43a BRAO, §§ 203, 204 StGB, §§ 53, 53a, 97 StPO, §§ 383, 385 ZPO, §§ 15, 102, 104 AO, § 84 FGO, § 17 MaBV, Art. 5, 32, 83, 84 DSGVO.

